

# Produktiv streiten über „Produktives Streiten“

## Diskursoptimierung, Moralisierung und Cancel Culture

Adriano Mannino, Marina Moreno

In pandemischen Zeiten, in denen sich aufgrund von Meinungsverschiedenheiten tiefe Gräben durch Politik, Zivilgesellschaft, Freundschaften und Familien ziehen, während gleichzeitig eine kohärente Krisenstrategie gefunden werden muss, kann das 2020 erschienene Buch „Produktives Streiten“ beanspruchen, besonders einschlägig zu sein. Laut den Autoren Tobias Wolfram, Felix Urban, Michael Tezak und Johannes Kurzbuch befinden wir uns – auch unabhängig von der Pandemie – in einer diskursiven Krise: Die kollektive Fähigkeit zum produktiven Dialog kommt uns abhanden; um die soziale (wenn auch nicht die rechtliche) Meinungsfreiheit ist es schlecht bestellt; und das unaufgeregte, rationale Argument hat einen schweren Stand.

### Woran scheitert das Streiten?

Im Sinne des zentralen Appells des Buches, das wir mit Gewinn gelesen haben, wollen wir die Thesen der Autoren im Folgenden nicht nur nachzeichnen, sondern ihnen anschließend<sup>1</sup> auch einen produktiven Streit anbieten. Das Buch identifiziert zunächst einige Ursachen, auf die die ge-

genwärtige diskursive Krise nach Meinung der Autoren zurückzuführen ist. Zu nennen ist beispielsweise das *Motivated Reasoning* (Motiviertes Denken), das uns neue Information so verarbeiten lässt, dass das Resultat zugunsten unserer eigenen Person oder einer Gruppe ausfällt, der wir angehören. So würden etwa unbelegte Behaup-

tungen bezüglich des Ausmaßes des anthropogenen Klimawandels nicht so kritisiert, wie dies im Falle objektiver Faktenfragen zu erwarten wäre, sondern als politisches Statement aufgefasst und mit einer entsprechenden – entsprechend einseitigen – Reaktion bedacht. Die rationale Erörterung der Faktenfragen bleibt auf der Strecke.



Abb.: Adobe Stock/Julien Eichinger

*Motivated Reasoning* ist auch deshalb problematisch, weil es aus der Sicht jeder einzelnen Person instrumentell rational erscheinen kann, „motiviert“ zu denken und zu kommunizieren: Es wird ein Signal der Zugehörigkeit zur eigenen *In-Group* gesandt, wodurch den Sendern innerhalb der Gruppe mehr Ansehen zuteil wird. Da keine einzelne Person den ganzen Diskurs wesentlich prägen kann, lohnt es sich nicht, das eigene *Motivated Reasoning* zu überwinden und das zusätzliche Ansehen zu opfern. Gesamtgesellschaftlich sind die Folgen dieser Strategie – sie lässt sich spieltheoretisch wohl in einem großen Gefangenendilemma verorten – jedoch höchst unerwünscht. Die Strategie sabotiert den epistemischen Fortschritt, verstärkt die Polarisierung und bedroht so am Ende auch das friedliche Miteinander.

Weiterhin identifizieren die Autoren verschiedene „Sprachbarrieren“, die den produktiven Diskurs erschweren. Es ließen sich drei „Sprachen des Politischen“ beobachten: die progressive Sprache, die Unterdrückung bekämpft und die Unterdrückten stark macht, die konservative Sprache, die die Zivilisation vor der Barbarei bewahren will, und die libertäre Sprache, die die Freiheit gegen den Zwang verteidigt. Aufgrund dieser politischen Sprachenvielfalt und der entsprechenden Barrieren werde aneinander vorbeigeredet. Es entstehe der Eindruck, die jeweils anderen Seiten hätten die wichtigsten Probleme gar nicht im Blick. Diese „sprachlichen“ bzw. ideologischen Diskrepanzen seien nicht nur kulturell, sondern partiell auch biologisch begründet: Empirische Studien zeigten, dass auch politische Präferenzen auf Persönlichkeitsmerkmalen beruhten, die genetisch mitbestimmt sind. Auch die aus der kognitionspsychologischen Forschung bekannten Urteilsverzerrungen (Biases), etwa der Bestätigungsfehler oder der Dunning-Kruger-Effekt, scheinen tief in die menschliche Psyche eingelassen. Falsch verstandene Toleranz, Wahr-

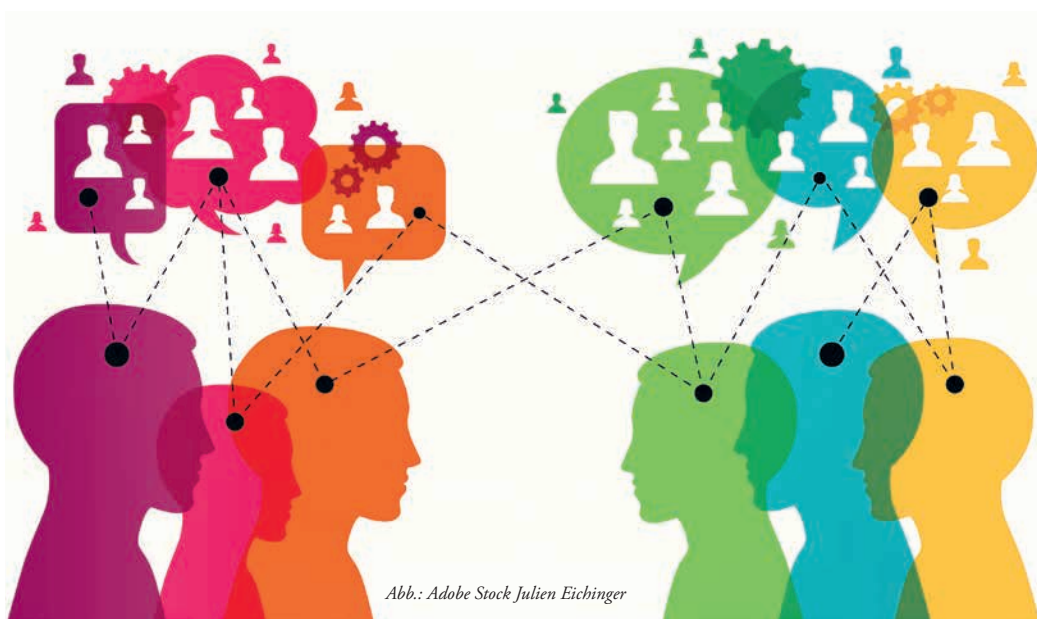


Abb.: Adobe Stock Julien Eichinger

heitsrelativismus und überzogene Moralisierung werden von den Autoren als weitere wesentliche Ursachen der diskursiven Krise ausgemacht. Aus „Toleranz“ würden wichtige Dialoge gar nicht erst angestrebt oder wieder „gecancelt“, wobei die Möglichkeit einer Übereinkunft aufgrund der Relativierung von Wahrheit oft ohnehin in Zweifel stehe. Auch eine starke Moralisierung von Debatten – und entsprechende Intoleranz – stünden dem produktiven Diskurs nicht selten im Weg.

### Die Optimierung des öffentlichen Diskurses: ?

Die Analyse insbesondere der *Motivated-Reasoning*-Dynamiken und der entsprechenden Lagerbildung scheint uns sehr gelungen. Bezüglich der Möglichkeit, eine produktivere öffentlich-politische Streitkultur zu etablieren, sind wir jedoch weit weniger optimistisch als die Autoren. Im zweiten Teil des Buches schlagen sie vor, durch ein neues Verständnis von Gruppenzugehörigkeiten und Toleranz, durch die Überwindung moralischer Gräben und die Kultivierung echter Neugierde den öffentlichen wie auch den privaten Diskurs neu zu gestalten. Die konstruktiven Vorschläge der Autoren sind begrüßenswert, doch wir hegen Zweifel, ob sie die tiefen Ursachen der

Problemdynamiken zu verändern vermögen – und ob das in jedem Fall positiv wäre.

So sind wir nicht überzeugt, dass es zwingend zur Überwindung der diskursiven Krise beitragen würde, die von den Autoren kritisierte „Toleranz“ zu überwinden. Dass manche Themen im öffentlichen Diskurs nicht angesprochen werden, kann auch zur Stabilisierung und effizienten Nutzung öffentlicher Diskursplattformen beitragen und einen Fortschritt bedeuten. Religiöse Themen etwa weisen insbesondere im politischen Diskurs keine positive Erfolgsbilanz auf. Sie aus dem Diskurs herauszuhalten, kann höchst vernünftig sein.

Zugleich scheint es auch sinnvoll, hochgradig irrationale Einstellungen mit starken sozialen Negativanreizen zu belegen und damit zu „canceln“ (was auf dem freien Markt der Ideen und der Assoziation dadurch geschieht, dass Individuen ihre Rechte auf Meinungs- und Assoziationsfreiheit so gebrauchen, dass sie sich nicht mit anderen Individuen assoziieren wollen, die bestimmte Meinungen vertreten). Zum Beispiel ist es begrüßenswert, dass man in der öffentlich-politischen Sphäre tendenziell zur *Persona non grata* wird, wenn man mit fundamentalistisch-religiö-



sen Ansichten Politik betreiben will. Ebenso begrüßenswert ist es – um ein Beispiel von Sam Harris zu bemühen –, dass man sozial „sofort einen großen Preis zahlt“, wenn man in wichtigen gesellschaftlichen Kontexten ernsthaft die Astrologie oder den *Flat-Earth*-Glauben bemüht, um Probleme zu lösen. Bezüglich der Homöopathie, der radikalen Impfskepsis und weiterer pseudowissenschaftlicher Überzeugungen mehr wäre dasselbe wünschenswert. Die intellektuelle Zurückdrängung solcher Überzeugungen führt letztlich unweigerlich zum sozialen De-facto-Cancelling. Die Zahl der empirischen wie auch der moralischen Überzeugungen, die im Laufe der vergangenen Jahrhunderte und Jahrzehnte entsprechend gecancelt wurden, ist riesig. Das fällt uns nicht unmittelbar auf, eben weil diese Ideen heute von (fast) niemandem mehr vertreten werden. Man kann das bedauern, aber es ist – insoweit Überzeugungen gecancelt wurden, die tatsächlich hochgradig irrational waren – insgesamt ein großer Sieg der Vernunft. Wir haben gesellschaftlich viele echte, drängende und vertrackte Probleme zu lösen, und unsere diskursiven Ressourcen sind zu eng begrenzt,

als dass wir uns ewig mit uferloser Irrationalität abgeben könnten.

Auch die Vorschläge der Autoren zur Überwindung diskursprägender Gruppenzugehörigkeiten und von Moralisierungen sehen wir kritisch. Neben den fundamentalistisch-religiösen und pseudowissenschaftlichen Überzeugungen gibt es eine weitere saliente Klasse von Überzeugungen, die insbesondere im öffentlich-politischen Diskurs zurückzudrängen sind: jene, die die Grundrechte anderer Individuen bedrohen. Moralisch ist das nicht akzeptabel – Grundrechte stehen über dem demokratischen Mehrheitsentscheid und damit auch weitgehend über dem demokratischen Diskurs. (Um nur eines von zahllosen Beispielen zu nennen: Dass heute niemand die Einschränkung der politischen Rechte der Frauen fordern kann, ohne zur *Persona non grata* zu werden, ist eine große Errungenschaft.) Wenn Individuen sich zu einer identifizierbaren Gruppe zusammenschließen, um ein Cancelling von Sprechakten zu erwirken, die Grundrechte bedrohen, ist das mehr als verständlich. Hierin scheinen uns die Autoren zunächst zuzustimmen, wenn sie schreiben: *Allerdings ist das grenzenlose Vertrauen in die unsichtbare Macht der Toleranz als Grundpfeiler einer offenen Gesellschaft und eines offenen Diskurses zwecks Wahrheitsfindung kein freizeithiliches Allheilmittel. Es gibt Meinungen und Verhaltensweisen wie häusliche Gewalt oder Genitalverstümmelungen, die fundamentale Prinzipien der Freiheit und Gerechtigkeit verletzen und nicht unter dem Deckmantel der Toleranz verschwinden dürfen. Der Philosoph Karl Popper warnt davor, dass uneingeschränkte Toleranz mit Notwendigkeit zum Verschwinden der Toleranz führe* (S. 47)

Häusliche Gewalt war (wie im Übrigen auch die Vergewaltigung in der Ehe) bis zur Jahrtausendwende legal. Die Meinung, die entsprechenden Handlungen sollten straffrei sein, ist eines der zahllosen Beispiele für das

Phänomen, dass Meinungen weit verbreitet waren, die schließlich zu Recht gecancelt wurden. Es wäre ein statistisches Wunder, wenn ausgerechnet wir die erste Generation wären, die insoweit ein „Ende der Meinungsgeschichte“ erreicht hätte, als keine Meinungen mehr kursieren, die gecancelt werden sollten. Selbstredend gibt es umgekehrt auch viele Meinungen, die historisch aus schlechten Gründen gecancelt wurden und „entcancelt“ werden sollten. Die Frage nach den jeweils vernünftigen Grenzen des öffentlich Sagbaren ist eine komplexe – und es wird deutlich, dass Streitfragen rund um die soziale Ächtung im freien Markt der Ideen und der Assoziation nicht auf der Meta-Ebene entschieden werden können: Wenn eine Gruppe auf der Sachebene der Meinung ist, dass die öffentliche Äußerung bestimmter Überzeugungen die *Grundrechte* ihrer Mitglieder bedroht, dann wird sie der Hinweis auf das hohe Gut der sozialen Redefreiheit – die rechtliche steht meist nicht zur Debatte – nicht davon abhalten, Cancel-Forderungen zu stellen. Mit anderen Worten: Ob manche der aktuell vernehmbaren Cancel-Forderungen gerechtfertigt sind (wir äußern uns dazu an dieser Stelle nicht), lässt sich unmöglich auf der Meta-Ebene klären, auf der sich die Autoren zu meist bewegen. Man muss dazu nolens volens auf der Sachebene argumentieren, dass die fraglichen Sprechakte niemandes Grundrechte bedrohen – das ist die Crux der Debatte. Und das wiederum erfordert regelmäßig eine komplexe moral-, rechts-, polit- und sozialphilosophische Diskussion, in der viele Dissense zu erwarten sind. Wer der Meinung ist, dass diese Diskussion zu dem klaren Ergebnis führt, dass die fraglichen öffentlichen Äußerungen tatsächlich Grundrechte bedrohen, wird es zudem auch ablehnen, *diese* Debatte in der breiten Öffentlichkeit auszutragen. Ihr vernünftiger Ort wäre dann beispielsweise das akademische Oberseminar als – wenn man so



will – memetisches Sicherheitslabor. Sollten in diesem Kontext mehr und mehr Menschen zur Überzeugung gelangen, dass die fraglichen Äußerungen doch keine Grundrechte bedrohen, so lassen sich die Schleusen des Ideenlabors weit öffnen.

### Die Moralisierung öffentlicher Diskurse kann gerechtfertigt sein

Allgemein lässt sich festhalten: Infolge tiefer Dissense auf der Sachebene haben Meta-Argumente gegen die Moralisierung des öffentlichen Diskurses keine durchschlagende Kraft. Betrachten wir etwa das Beispiel jener gesellschaftlichen Gruppe, die zur moralischen Überzeugung gelangt ist, dass der gegenwärtige Umgang mit den nichtmenschlichen Tieren ein massives Unrecht darstellt. Wenn es zutrifft, dass in der Gesellschaft ein moralisch inakzeptabler „Speziesismus“ grassiert, dann ist es prima facie höchst rational, den öffentlichen Diskurs über Tiere stark zu moralisieren. (Der Ausdruck moralischer Empörung ist kompatibel mit der Formulierung ausschließlich rationaler Argumente.) Bleibt es bei dieser diskursiven Maßnahme zugunsten der Tiere, muss der Gruppe sogar angerechnet werden, dass sie der Mehrheitsgesellschaft enorme kooperative Zugeständnisse macht: Nicht

wenige Mitglieder der Gruppe sind nämlich der Überzeugung, dass auch Tiere Grundrechte haben, die von übermächtigen „Mehrheiten“ – wir Menschen sind auf dem Planeten in der Minderzahl – nicht verletzt werden dürfen. Insoweit das zutrifft, ist die Moralisierung des entsprechenden Diskurses eine äußerst milde, mehr als gerechtfertigte Reaktion der Gruppe, die sich für die Tiere engagiert.

Wiederum zeigt sich: Man muss – auf der Sachebene – konkret über Tierethik sprechen, um entscheiden zu können, ob die Moralisierung des Tierdiskurses gerechtfertigt ist. Zu unterscheiden ist (wie bereits angedeutet) in diesem Zusammenhang jeweils auch zwischen verschiedenen Diskurskontexten, in denen je unterschiedliche Ziele im Vordergrund stehen: Eine Moralisierung des akademischen Tierdiskurses etwa wäre bedeutend problematischer als die Moralisierung des öffentlich-politischen Tierdiskurses. Akademischen Diskursen kommt (in weit höherem Maße als anderen Diskursen) die Funktion zu, möglichst tief und uneingeschränkt zu erforschen, was letztlich wahr ist und was falsch. Das bedeutet keineswegs, dass akademische Diskurse unter keinen Umständen moralisiert werden sollten, doch

es gebietet weit mehr Zurückhaltung. Gesellschaftliche Gruppenbildung und Unterschiede in der „politischen Sprache“ scheinen oft auf grundlegenden moralischen und empirischen Dissensen zu beruhen. Es werden nicht nur unterschiedliche Sprachen gesprochen, sondern teils stark gegensätzliche gesellschaftliche Ziele verfolgt. Das führt unweigerlich zu diskursiven Krisen, die sich nicht durch die Einsicht auflösen lassen, dass sie einer produktiven Streitkultur nicht dienlich sind. Der „produktive“ öffentlich-politische Diskurs ist (mitunter zu Recht) nicht immer gewollt, weil etwa Grundrechte auf dem Spiel stehen. Zudem haben die Streitparteien oft schon während unzähliger Stunden in halb- und nichtöffentlichen Diskursräumen (die nicht partisan sein müssen) über die Thematik nachgedacht, sodass von der öffentlich-politischen Auseinandersetzung nicht viel zu erwarten ist.

Tatsächlich sind Diskurskrisen wie die aktuelle historisch auch kein Novum – ganz im Gegenteil. Die jüngere Geschichte strotzt nur so vor tiefen gesellschaftlichen Meinungsspaltungen. Manche waren so tief, dass Bürgerkriege oder andere gewaltsame Auseinandersetzungen folgten: Man denke an die Spaltung zwischen Ka-

tholiken und Protestanten, Religiösen und Säkularen, zwischen Freunden und Feinden der Freiheitsrechte und der Demokratie, Verteidigern und Abschaffern der Sklaverei und anderer rassistischer Institutionen, Faschisten und ihren Gegnern, Kommunisten (die während des Kalten Krieges auch im Westen zahlreich vertreten waren) und ihren Gegnern – um an ganz wenige Beispiele zu erinnern. Hätten bessere öffentliche Diskursnormen die entsprechenden Gewaltausbrüche verhindert? Wohl kaum. Keine Optimierung des Diskurses auf der Meta-Ebene kann uns retten, wenn zu viele der Beteiligten gegensätzlich davon überzeugt sind, in einer existenziell bedeutsamen Sache Recht zu haben. Vielleicht – hoffentlich – kann der Krieg dann noch konsensuell als unmoralisch oder als Negativsummenspiel erkannt und zugunsten einer gewaltfreien Streitschlichtung vermieden werden, die Macht neu verteilt. Angenehm läuft dieser Prozess aber auch dann nicht ab, wenn Gewalt unterbleibt. Karl Popper empfahl uns, falsche Ideen sterben zu lassen, bevor Menschen wegen falscher Ideen sterben. Zur zuverlässigen Gewaltprävention ist es erforderlich, dass grundlegend falsche Ideen gestoppt werden, *bevor* sie es in die großen öffentlich-politischen Arenen schaffen. Es muss hinreichend vielen Individuen gelingen, problemati-

sche Ideen als solche zu erkennen und abzufangen – mit dem kritisch-rationalen Filter im eigenen Kopf. Dazu leistet das Buch von Wolfram, Urban, Tezak und Kurzbuch einen sehr wertvollen Beitrag. Unsere Zweifel an der epistemischen Optimierbarkeit insbesondere des politischen Diskurses tun daran keinen Abbruch.

### Produktives Streiten im eigenen Kopf

Die Autoren schließen mit einem Leitfaden zum produktiven Streiten bzw. zum erfolgreichen kollaborativen Denken. Exemplarisch seien daraus der „ideologische Turing-Test“ und die „Doppelcrux-Methode“ erwähnt. Der ideologische Turing-Test hilft uns, mögliche Vorurteile zu erkennen, die wir gegenüber Ideen hegen, die wir aktuell ablehnen. Dazu überprüfen wir, ob wir in der Lage wären, für die von uns abgelehnten Ideen so zu argumentieren, dass wir unter den besten Verfechtern dieser Ideen nicht auffliegen würden. (Der „Turing-Test“ bezeichnet eigentlich ein Testkriterium für das Vorliegen genuiner künstlicher Intelligenz, das der Computerwissenschaftler Alan Turing 1950 vorschlug: Eine Maschine könnte demnach als genuin intelligent gelten, wenn sie in der Kommunikation mit Menschen nicht als Maschine auffliegt.) Der ideologische Turing-Test dient der „kognitiven Empathie“ mit Menschen, die andere Ansichten vertreten, und erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass wir allfällige Fehler im eigenen Überzeugungssystem erkennen. Die Doppelcrux-Methode ist ein Verfahren zur effizienten Lokalisierung einer entscheidenden Prämisse („Crux“) hinter unseren Ansichten, in der wir uns womöglich irren und die wir daher unter die Lupe nehmen sollten. Zwei Vertreter gegensätzlicher Ansichten können sich fragen, ob sich unter ihren Prämissen eine (bis auf das Negationszeichen) geteilte findet, also eine doppelte Crux. Ein triviales Beispiel: Wenn A meint, man solle in einem

bestimmten Fluss nicht schwimmen, während B anderer Meinung ist, dann stellen die beiden womöglich fest, dass sich unter ihren Annahmen je eine über die An- bzw. Abwesenheit von Krokodilen in dem Fluss findet. Auf diese Annahme sollte sich die Diskussion dann konzentrieren. So simpel das klingt, so oft bleibt es in unseren Debatten unberücksichtigt. Wir teilen mit den Autoren natürlich das Ideal eines in diesem Sinne produktiven auch öffentlich-politischen Diskurses. Aus den oben skizzierten Gründen sind wir bezüglich der Umsetzbarkeit jedoch pessimistischer: Es treten tiefe Trade-offs auf, die sich nicht aus der Welt schaffen lassen – etwa dann, wenn es rational angebracht ist, einen Diskurs stark zu moralisieren, die politische Lagerbildung zu forcieren und strategische Allianzen zu schmieden.<sup>1,2</sup> Dabei bleibt es selbstredend wichtig, die Moralisation nach Möglichkeit so zu betreiben, dass eine gerechtfertigte Empörung mit rationalen Argumenten begründet wird (die bei einer einschlägigen Doppelcrux ansetzen). Und noch wichtiger ist es, sich stets auch halb- und nichtöffentliche Diskurs- und Denkräume zu bewahren, um kollaborativ, aber letztlich mit sich selbst darüber zu streiten, ob die öffentliche (Nicht-)Moralisierung einer bestimmten Thematik *tatsächlich* gerechtfertigt oder nicht doch ein Fehler ist.



1 „die Tendenz, Argumente für Schlussfolgerungen zu finden, von denen wir glauben wollen, dass sie stärker sind als Argumente für Schlussfolgerungen, die wir nicht glauben wollen.“ <https://psylex.de/psychologie-lexikon/motivation/motiviertes-denken/>

2 Wir erlauben uns dazu den Hinweis auf Sinhababu, N. (2016): In Defense of Partisanship. In: Killoren, D. et al. (Hg.): Ethics in Politics: New Papers on the Rights and Obligations of Political Agents. Routledge. Sinhababu beleuchtet die Logik der legitimen (demokratischen) Lager- und Allianzbildung in ihrer praktischen und epistemischen Dimension. Signale der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe haben in diesem Zusammenhang eine wichtige Funktion.